

Der Sicherheitsdiskurs – Kapitel 4 bis 7 *revisited*

Abschließend möchte ich die zentralen Analyseergebnisse kurz zusammenfassen. Intendiert ist darüber hinaus eine Bewertung der in dieser Arbeit erstmals vorgenommenen idealtypischen Ausdifferenzierung des Diskurses Innerer Sicherheit in zwei Stränge unter Rückgriff auf die Kategorien kritisch und konservativ. Diskutiert wird zum einen, ob die vorgestellte Unterteilung ergiebig, d.h. gegenstandsbezogen und -angemessen ist. Ist sie erkenntnistheoretisch und forschungspraktisch brauchbar? Deuten sich mögliche Defizite des Untersuchungsdesigns an und wie wäre diesen gegebenenfalls Rechnung zu tragen? Zum anderen geht es vor dem Hintergrund der Bewegungsgeschichte des Kritischen Diskurses, seiner Institutionalisierungsdynamik und der aktuellen Feindbildentwicklung um die Tragweite der Ergebnisse für die Substanz und das Verfechten (politisch) kritischer Positionen bezüglich Innerer Sicherheitspolitik selbst. All dies wird freilich *auch* mit Blick auf Anknüpfungspunkte für weitere Forschungen diskutiert.

Erste Ermittlungen...

Einschätzungen, wonach zum Begriff Innere Sicherheit kaum spezialdiskursive Bestimmungsversuche vorlägen, sind zu revidieren. Es zeigt sich, dass der Terminus auf fachwissenschaftlicher Ebene mittlerweile (wie zahlreiche Beispiele ausgewählter Nachschlagewerke zeigen) etabliert ist. Allerdings: Die Zunahme an Versuchen der Begriffsbestimmung folgt erst mit einem gewissen Zeitversatz seiner Etablierung im politischen System. Differenzierte Sichtweisen, die insbesondere auch (politisch) kritische Positionen oder Akteure im Sicherheitsdiskurs be-

rücksichtigen, sind hingegen selten und wenn, stärker in allgemein sozialwissenschaftlich dominierten Fachdiskursen angesiedelt.

Kraft der vorherrschenden Zurechnung des Begriffes zum Bereich Politik und seiner damit verbundenen Bewertung als politischem Alltagsbegriff obliegt seine Bestimmung auf der Ebene wissenschaftlicher Beobachtung vorherrschend der Definitionshoheit von Experten aus den allgemeinen Sozialwissenschaften. Zugleich werden die Begriffe Innere Sicherheit und Öffentliche Sicherheit in den dortigen Definitionen häufig trennungscharf behandelt, zum Teil synonym. Die Geltung des Begriffes Innere Sicherheit wird in Gestalt seiner Bewertung als „politischer Kampfbegriff“ zugespitzt. Der Ausdruck charakterisiert Innere Sicherheit als einen Terminus, der originär das Feld (innen-)politischer Auseinandersetzung in der Bundesrepublik prägte(e). Sein Auftauchen auf Ende der 1960er-, Anfang der 1970er-Jahre datiert. Die Bezugnahme auf ihn, in Gestalt von Befürwortung oder Ablehnung, markiert in diesem Feld politische Positionen. Befürwortung und Ablehnung sind hierbei Bewertungen, die sich entsprechend der Topographie des politischen Feldes entlang dem Rechts-Links-Schema zuordnen lassen.

Innere Sicherheit ist und bleibt, unabhängig von der fachdiskursiven Zuordnung der beobachtbaren Definitionsversuche, ein schillernder Begriff. Bestimmungsversuche erkennen diesen Sachverhalt in unterschiedlicher Deutlichkeit durchaus selber an und benennen oder kritisieren die Unbestimmtheit und Vieldeutigkeit als ein Manko, welches die Fragwürdigkeit des Begriffes, die seiner häufigen Inanspruchnahme und die Fragwürdigkeit der Politik, für die er stehe, belege. Dieser Sachverhalt wird jedoch lediglich als ein Defizit des Begriffes zu fassen versucht und nicht als seine spezifische Qualität. Dass just auf dieser Mehr- bzw. Vieldeutigkeit das eigentliche Potenzial des Begriffes gründet, welches ihn im politischen Feld so attraktiv macht, wird nicht realisiert. Definitionsversuche folgen insofern der Begriffsverwendung und -füllung, die im politischen Feld vorgenommen wird.

Spurensicherung...

Inwieweit bestätigt oder widerlegt die Untersuchung der Datierung des Auftauchens des Begriffes Innere Sicherheit im politisch-administrativen Bereich und der damit verbundenen Strukturänderungen im Verwaltungsapparat diese Befunde? Sie bekräftigt zwar, dass Innere Sicherheit als Streitvokabel Ende der 1960er-, Anfang der 1970er-Jahre eine wachsende Rolle spielte. Gleichwohl schlug sich dies *nicht* explizit in der Organisationsstruktur des Bundesministerium des Innern nieder.

Erst wesentlich später etablierte sich die Terminologie in diesem Kontext. Daraus ist abzuleiten, dass die begrifflich-institutionelle Etablierung Innerer Sicherheit zeitlich in zwei Phasen erfolgte: zunächst Ende der 1960er-, Anfang der 1970er-Jahre als politischer Kampfbegriff und erst ab den späten 1970er-Jahren als Institutionalisierung in Form einer geeigneten Dienststellenbezeichnung. Diese zeitliche Differenzierung präzisiert bisherige Forschungen, die vorherrschend die Zeit Ende der 1960er-, Anfang der 1970er-Jahre als pauschales und diesbezüglich nicht abstufendes Datum ansehen.

Begrifflich folgte Innere Sicherheit auf Öffentliche Sicherheit. Innere Sicherheit ist zwar seit Anfang der 1970er-Jahre ein gängiger Terminus der politischen Auseinandersetzung, wird jedoch erst mit merklicher zeitlicher Verzögerung zur offiziellen Bezeichnung und Funktionsbeschreibung von institutionellen Einrichtungen (Behörden, Abteilungen von Ministerien etc.) herangezogen. Innere Sicherheit als exponiert verwendeter Begriff, der sowohl die politische Rede als auch die Verwaltungsstruktur von Sicherheitsbehörden auf Bundesebene prägt und darüber hinaus auch Funktion als ordnende Leitkategorie besitzt, ist erst ab Ende der 1970er-Jahre anzutreffen. Selbst Öffentliche Sicherheit, verstanden als indexikalische Vorläuferkategorie von Innerer Sicherheit, wird erst ab Mitte/Ende der 1960er-Jahre kontinuierlich verwendet. Diesbezügliches Fazit: Nicht nur für Innere Sicherheit ist eine Wortkarriere und begriffliche Bedeutungszunahme zu konstatieren, sondern – wenn auch in weniger großem Umfang – *ebenso* für Öffentliche Sicherheit.

Lokaltermin...

Untersuchungen des Konservativen Sicherheitsdiskurses anhand von Tagungsbänden des Bundeskriminalamtes (BKA) aus den Jahren 1972 bis 1998 erhärten den Befund, dass der Begriff Innere Sicherheit durchweg als höchst diffuse Kategorie verwendet wird. Demgegenüber lässt sich ein verspätet einsetzender Gebrauch des Begriffes auf dieser Ebene nicht beobachten. Vielmehr ist der Begriff Innere Sicherheit bereits im ersten Dokument aus dem Jahr 1972 anzutreffen. Eine Berücksichtigung von Kritikern und Kritik an Innerer Sicherheitspolitik durch Akteure des Konservativen Diskurstils ist in der Frühphase des Sicherheitsdiskurses, d.h. in der ersten Hälfte der 1970er-Jahre nicht üblich. Erst ab Ende dieser Dekade sind Bezugnahmen erkennbar. Verschiedene Topoi (Zeit-, Steigerungs- bzw. Fortschrittstopos, Dramatisierungstopos) erweisen sich als durchgängige Muster im Konservativen Sicherheitsdis-

kurs. Regelmäßige Hinweise auf ein pauschales Ansteigen einer Kriminalitätsgefährdung, auf kurz bevorstehende Bedrohungen und daraus abzuleitenden unmittelbaren Entscheidungs- und Handlungsbedarf sind den Konservativen Diskurs über den gesamten Untersuchungszeitraum hinweg prägende Grundfiguren.

Drei Feindbildphasen lassen sich benennen: Zunächst die 1970er-Jahre, in denen das Feindbild des so genannten Terrorismus dominant ist. In den 1980er-Jahre verschiebt sich der Feindbildfokus im Konservativen Diskurs auf das Spektrum der Protest- und Alternativbewegung. Mittels der Figur des so genannten Sympathisanten wird jedoch der unmittelbare Zusammenhang zum Leitfeindbild der vorherigen Phase („Terrorismus“) gewährleistet. Als Hauptfeindbilder etablieren sich in den 1990er-Jahren schließlich das Organisierte Verbrechen bzw. die Organisierte Kriminalität (OK). Beide erweisen sich als Paraphrasierungen von so genannter Ausländerkriminalität.

Bezüglich des Attributes „ausländisch“ ist im Zusammenhang mit Feindbildungen eine besondere Kontinuität im Sicherheitsdiskurs erkennbar. Das erst seit den 1990er-Jahren so auffallend prominente Attribut unterlegt Feindbildkonstruktionen bereits seit den 1970er-Jahren. Kontinuierliche Hinweise auf „Internationalität“ oder „Transnationalität“ von sog. Verbrechen und Verbrechern, auf durchlässige Grenzen, auf bestimmte Nationalitäten, auf eine Globalisierung des Verbrechens oder den „Import von Kriminalität“ bilden ein Repertoire sich inhaltlich nahestehender Zuschreibungen. Insofern erweist sich nicht die Attributierung an sich als neu, sondern ihre hervorgehobene Stellung im aktuellen Diskurs.

Widerstand gegen die Staatsgewalt...

Topoi und Metaphern, Dramatisierung und Skandalisierung

Im (politisch) Kritischen Sicherheitsdiskurs sind ähnliche Topoi und größtenteils die selben Metaphern anzutreffen, wie in seinem konservativen Widerpart. Spezifische Unterschiede zwischen beiden Diskurssträngen zeigen sich in Bezug auf die damit jeweils illustrierten Bedrohungen. Im Konservativen Diskurs werden damit abstrakte Kriminalitätsdrohungen bzw. diesbezügliche Drohkollektive belegt. Im Kritischen Diskurs wird – umgekehrt – eine aus dieser Politik resultierende Bedrohung von Demokratie und Rechtsstaatlichkeit mit eben jenen Metaphern identifiziert. Diese Bedrohung wird häufig mittels der sog. Faschisie-

rungsthese dramatisch zugespitzt. Es lässt sich in Bezug auf den Kritischen Diskurs von einer Strategie der Gegendramatisierung und Gegenskandalisierung sprechen. In Bezug auf die beobachtbare Ähnlichkeit mit dem aus dem Konservativen Diskurs bekannten Dramatisierungstopos ist die Frage aufzuwerfen, ob hier, parallel zu den für den Konservativen Diskurs charakteristischen „Sicherheits- und Moral-Paniken“ (Cremer-Schäfer 1993: 33) nicht von deren kritischem Pendant zu sprechen ist. Einem Pendant, welches zwar eine (politisch) andere Stoßrichtung und auch in seiner öffentlichen Wahrnehmung eine diesbezüglich andere Wertigkeit besitzt, aber mit den erstgenannten Sicherheits- und Moral-Paniken nicht nur thematisch, sondern offensichtlich auch in Gestalt des ihnen zugrundeliegenden Dramatisierungsmusters verknüpft scheint.

Sofern man an der Wertigkeit der im Konservativen Diskurs vorfindbaren Metaphern festhält (ihnen liegt ein konservatives Menschen- und Gesellschaftsbild zugrunde), lässt sich schlussfolgern, dass der (politisch) Kritische Diskurs, entgegen seiner vordergründigen Distanz und seinem – auf der Ebene der gesellschaftspolitischen Aushandlung des Themas Innere Sicherheitspolitik – oppositionellen Verhältnis zum Konservativen Diskurs, auf sprachlich-semantischer Ebene mit diesem zentrale Bilder und damit verbundene Grundannahmen teilt. Berücksichtigt man ferner, dass den *Mainstream* des (politisch) Kritischen Diskurses ein ätiologisches Kriminalitätsverständnis unterlegt, kann von einem Konservatismus linker Kritik gesprochen werden.

Die bewahrende Funktion des Kritischen Diskurses

Dessen Bewertung als konservativ lässt sich darüber hinaus auch unter einem anderen Aspekt vornehmen. Allerdings ist darauf hinzuweisen, dass unter konservativ in diesem Zusammenhang lediglich verstanden wird, an Hergebrachtem festzuhalten bzw. auf Überliefertem zu beharren. Dieses Muster zeigt sich in Gestalt der im (politisch) Kritischen Diskurs dominanten Position, nach der die Hauptgefahr der Inneren Sicherheitspolitik in einem fortschreitenden Grundrechteabbau bestehe, der pauschal alle (Staats-)Bürger betreffe. Diese Position markiert zum einen seit Ende der 1960er-Jahre bis heute nahezu ungebrochen den so genannten *Mainstream* der Kritik. Zwar ist anzuerkennen, dass bis zum so genannten Deutschen Herbst diese stark verfassungsrechtlich ausgegerichtete Position mit einer Kritiklinie konkurrierte, die mehr anti-etatistisch ausgerichtet war. Allerdings setzte sich die besagte Hauptlinie im Zuge der Auseinandersetzungen, Bekenntniszwänge und Distanzierungen im Gefolge des so genannten Deutschen Herbstes Ende der

1970er-Jahre schließlich durch. Zum anderen zeigte sich, dass wenn man den Bewegungshintergrund der Kritischen Diskurses – im Sinne eines konstitutiven Elementes – berücksichtigt, die beschriebene Kritikposition und die damit korrespondierenden Organisationskerne – im Sinne von Reststrukturen der Protestbewegungen – sich selbst *konservieren*, d.h. bewahren und kritische Traditionspflege betreiben. Angesichts des deutlich gewordenen Bewegungshintergrundes des Kritischen Diskurses erweist sich dessen Analyse als Bewegungsforschung unter besonderer thematischer Fokussierung auf Innere Sicherheit.

Der Sicherheitsdiskurs als Austragungsort gesellschaftspolitischen Konfliktes

Jenes Bewahren bezieht sich sowohl grundsätzlich auf die Existenz jener Organisationskerne und Bewegungsreste als auch auf die Sicherung ihrer einmal errungenen gesellschaftspolitischen Relevanz als einem Korrektiv und (links-)liberalem Gegengewicht in der öffentlichen Auseinandersetzung um Innere Sicherheitspolitik. Hierin dokumentiert sich auch, inwieweit sich der gesellschaftspolitische Konflikt der Zeit Ende der 1960er-, Anfang der 1970er-Jahre – zumindest in Teilen – in den Sicherheitsdiskurs transformierte. Als solcher ist er weiterhin Austragungsort des Konfliktes, wenn auch thematisch gebrochen. Zwar werden die Kritiker mittlerweile auch von den Akteuren des Konservativen Diskurses an- und ernstgenommen. Die Akzeptanz findet jedoch hierin zugleich ihre Begrenzung. Die Kritiker werden nicht als vollwertige Verhandlungspartner an die Verhandlungstische gebeten – noch nicht, ist hinzuzufügen, denn es ist offensichtlich, dass Teile des kritischen Lagers verstärkt darum bemüht sind, hier noch anschlussfähiger zu werden. Nicht nur eine zunehmende Nähe zu den Institutionen Innerer Sicherheit und Institutionalisierungstendenzen lassen sich beobachten. Solche Ambitionen sind im (politisch) Kritischen Diskurs durchaus nicht unumstritten und erlauben es, somit *auch* von einem Konflikt im Binnenverhältnis des Kritischen Diskurses zu sprechen. Insofern zeichnen sich hier ähnliche Entwicklungen ab, wie in anderen gesellschaftlichen Teilbereichen auch, in denen sich ehemals Protestbewegte mittlerweile in realpolitischem Pragmatismus üben und die Besetzung von Staatssekretärs- und Ministerposten als das Ankommen in den Institutionen und den Marsch durch selbige als Erfolgsgeschichte zu vermitteln suchen. Ein Erfolg mag dies zwar sein, allerdings eher einer jener Institutionen.

Zur Einführung der Unterscheidung zwischen Konservativem und Kritischem Diskurs

Kritischer Sicherheitsdiskurs – vom Erkenntniswert einer Kategorie...

Grundsätzlich kann die Frage nach dem Erkenntniswert der unter Rückgriff auf die Kategorien (politisch) *kritisch* und *konservativ* erfolgten Unterteilung positiv beantwortet werden. Der Zugang eröffnete im Sinne einer produktiven Irritation die Möglichkeit, beide Diskursteile in ihrem Wechselverhältnis zu betrachten und sie – entgegen der herrschenden Sichtweise – fortan als komplementäre Bestandteile eines engverwobenen Diskursgeflechts zu analysieren. Es scheinen in den Einzelanalysen, allen unbestrittenen und fortbestehenden Differenzen zum Trotz, zu genüge Parallelen auf, die sich in bisherigen Forschungsarbeiten nicht oder nicht ausreichend wahrnehmen ließen. Die vorgestellte Untersuchung gibt nur einen, wenn auch maßgeblichen Ausschnitt dessen wieder, was als der (politisch) Kritische Sicherheitsdiskurs benannt wird. Sie zeigt gleichwohl, dass diese Erweiterung der Perspektive überfällig ist. Das Ziel, exemplarisch sowohl Notwendigkeit als auch Ergiebigkeit eines solchen Ansatzes zu belegen, ist erreicht, auch wenn durchaus entsprechender Weiterentwicklungsbedarf besteht.

Die Frage lautet deshalb nicht, ob der vorgestellte, auf der Unterscheidung konservativ/kritisch basierende Zugang zu verwerfen ist, sondern vielmehr, wie er weiter zu verfeinern ist. Die Antwort lautet: Eine stärker binndendifferenzierende Betrachtung des Kritischen Sicherheitsdiskurses ist künftig voranzutreiben – sowohl um dessen Heterogenität und seinen wechselhaften Verlauf genauer nachzuzeichnen als auch um eine (politisch) kritische Position selbst weiter zu entwickeln.

...und der Notwendigkeit zu weiterer Differenzierung

Die Heterogenität des Kritischen Sicherheitsdiskurses dokumentiert sich, wie die untersuchten Fragmente belegen, u.a. in einer zwar vorrangig sozialwissenschaftlich fundierten, aber dennoch vielfältigen fachwissenschaftlichen Provenienz ihm zurechenbarer Vertreter und Akteure – was nicht heißt, bei diesen handele es sich vorrangig um Experten aus dem Bereich Wissenschaft. Die angesprochene Heterogenität manifestiert sich aber durchaus auch in der Konkurrenz verschiedener Wissenschaftsdisziplinen um thematische Zuständigkeit und Definitionshoheit im Kritischen Diskurs. Diese Konkurrenz macht sich auf Ebene der öffentlichen, gesellschaftspolitischen Auseinandersetzung freilich nur in-

direkt bemerkbar, wenn man die dort zu verortenden (politisch) kritischen Positionen auf ihre impliziten Kritikmodelle, ihre ordnungstheoretischen Prämissen und zumeist unausgesprochen mitlaufenden normativen Vorannahmen hin befragt – sei es in Bezug auf Bedrohungskonstruktionen, sei es in Bezug auf sicherheitspolitische Reaktionen darauf. Aus letzteren lässt sich aber gegebenenfalls rückschließen, ob und welcher wissenschaftliche Spezialdiskurs innerhalb des Kritischen Diskurses dominant ist und welcher nicht. Die Heterogenität schlägt sich darüber hinaus in Gestalt der den Kritischen Diskurs und dessen Akteure charakterisierenden, ambivalenten Institutionalisierungsprozesse und Organisationsstrukturen – die den weiter oben beschriebenen Bewegungshintergrund widerspiegeln – nieder.

Die angesprochene Heterogenität ist so verstanden also *weniger* dem Design dieser Arbeit, als vielmehr der Komplexität und Widersprüchlichkeit der historischen gesellschaftlichen Auseinandersetzung um das Thema Innere Sicherheit in der Bundesrepublik geschuldet, in deren Verlauf sich das, was hier als (politisch) Kritischer Sicherheitsdiskurs erstmals begrifflich zu fassen versucht wird, als solcher aus verschiedenen Strömungen und Akteursumfeldern überhaupt erst entwickelte.

Aus diesem Grund wäre in zukünftigen Forschungsarbeiten jenen bestehenden Unterschieden und Nuancen kritischer Fragmente untereinander verstärkt Aufmerksamkeit zu widmen. Dies gilt mit Blick auf die Durchsetzung der als *Mainstream* bezeichneten Position gegenüber anderen Ansätzen im Kritischen Diskurs – auf den Spezialdiskurs der Kritischen Kriminologie wurde mehrfach hingewiesen. Aber auch der *Mainstream* selbst wäre stärker auf mögliche Fragmentiertheit hin zu untersuchen. Die bisherigen Befunde sind also mittels Ausweitung der Untersuchungseinheiten auf eine breitere materiale Basis zu stellen und deren Untersuchung hinsichtlich der soeben angedeuteten Differenzierung weiter voranzutreiben.

Reflexivität im Kritischen Diskurs...

Die Bewertung einzelner (politisch) kritischer Diskursfragmente als (ordnungstheoretisch) konservativ stellt weniger die in dieser Arbeit vorgenommene forschungspraktische Unterscheidung konservativ/kritisch in Frage, sondern begründet vielmehr die Forderung nach Reflexivität im Kritischen Sicherheitsdiskurs. Die eingeführte Unterteilung und die darüber hinaus erforderliche Binnendifferenzierung sind Voraussetzungen für eine Reflexivität, die – so zeigte die Untersuchung – im (politisch) Kritischen Diskurs nicht selbstverständlich ist. Der *Mainstream* der Kritik scheint sich in Bezug auf seinen Gegenstand nicht in dem

Maße an die Selbstverständlichkeiten des Ausgeblendeten zu erinnern (vgl. Steinert 1998: 27), wie es nötig wäre, um sich der Nähe zu Positionen des Konservativen Diskursstranges bewusst zu werden und – vor allem – dem Anspruch, eben kritisch zu sein, zu genügen. Auch hier wäre eine eingehendere Berücksichtigung von Ansätzen, die im kritisch-kriminologischen Spezialdiskurs zu beobachten sind, sicherlich vielversprechend. Entscheidend ist gleichwohl, Reflexivität nicht nur als für die Sozialwissenschaften gültiges Pradigma zu begreifen, sondern auf politische Diskurse auszuweiten.

...und nötigenfalls die Kritik der Kritik

Über das Einfordern von Reflexivität im Kritischen Sicherheitsdiskurs, d.h. von Reflexivität insbesondere der *politischen* Kritik an Innerer Sicherheitspolitik hinaus, ist aber auch die Notwendigkeit einer *Kritik der Kritik* begründbar – auch wenn dies die Frage provoziert, „ob es nicht ungerecht ist, ausgerechnet die fortschrittlichen Bewegungen zu kritisieren“ (Scheerer 1986: 135). Doch dem lässt sich entgegenhalten, dass „gerade dort, wo wir aus Sympathie geneigt sind, nicht so genau hinzusehen (d.h. auf wissenschaftliche Kritik zu verzichten), [...] wir problematischen Entwicklungen ungewollt Vorschub leisten [können]“ (ebd.).

Das heißt zunächst zweierlei: Es gibt keine zwingende Erkenntnisrichtung von Reflexivität. Vielmehr ist zu vergegenwärtigen, dass einige der vorgestellten Positionen des (politisch) Kritischen Diskurses durchaus hochreflexiv bezogen werden. So gesehen genügt das Einfordern von Reflexivität alleine nicht. Zugleich ist die damit verbundene Möglichkeit einer Überprüfung und Neubewertung des *Mainstreams* der Kritik an Innerer Sicherheitspolitik aber notwendige Voraussetzung, um eine progressive und radikale Kritik Innerer Sicherheit auf der Höhe der Zeit zu entwickeln. Aus dieser Sicht ist Reflexivität allerdings eine Voraussetzung für politische Kritik. Eine Kritik, welche die Fallen und Verlockungen, sich mit der Übermacht des Faktischen abzufinden und letztlich die herrschende Realpolitik Innerer Sicherheit und ihrer Feindbilder gewollt oder ungewollt zu reproduzieren, umgeht – und die sich wieder verstärkt der antihierarchischen und antietatistischen Anteile des Kritischen Diskurses besinnt. Eine Kritik, die sich – in Anlehnung an Johannes Agnoli – auf „Destruktion als Bestimmung des Gelehrten in dürftiger Zeit“ (Agnoli 1995) besinnt.

Neue Feindbilder, alte Kritikmuster – Kritischer Diskurs quo vadis?

„Ausländer“ zwischen Repression und Paternalismus

Es zeigt sich, dass das Feindbild „kriminelle Ausländer“ im Sicherheitsdiskurs an sich nichts Neues ist. Es avancierte jedoch erst zu Beginn der 1990er-Jahre in Verbindung mit der verstärkten Propagierung der Bedrohung durch so genannte Organisierte Kriminalität zum Leitfeindbild. Diese Karriere ist jedoch nicht gleichbedeutend mit dem völligen Verschwinden vormals gültiger Feindbilder. Vielmehr *verblassen* letztere lediglich im Verhältnis dazu, treten in den Hintergrund bzw. werden um die gegenwärtig prominente Beifügung „ausländisch“ angereichert (Stichwort: so genannte ausländische bzw. islamische Terroristen) und somit aktualisiert. Qualitativ und vor allem gesellschaftspolitisch haben die beschriebenen Feindbildverschiebungen Auswirkungen, deren Reichweite bis zum heutigen Tage von der Kritik nicht ausreichend berücksichtigt wird. Korrespondierten mit den staatlich inszenierten Feindbildern der 1970er- und 1980er-Jahre noch politische Szenen mit entsprechenden publizistischen und intellektuellen Infrastrukturen, die den Versuchen der Ausgrenzung qua Kriminalitätszuweisung in einem gewissen – und nicht geringen – Rahmen durchaus Paroli bieten konnten, ist dies für die pauschal unter Generalverdacht gestellte und kraft Kriminalitätszuweisung überhaupt erst homogenisierte Gruppe so genannter Ausländer faktisch so gut wie nicht möglich. Diesem Feindbild korrespondiert kein in der bundesrepublikanischen Öffentlichkeit verankertes, ausgedehntes publizistisches Netzwerk kritischer Intellektueller. Berührungspunkte, gar die breite Solidarisierung mit einem liberalen intellektuellen Milieu, sind so gut wie nicht zu beobachten. Kritik und Betroffenheit decken sich nicht länger.

Gleichwohl übernehmen den kritischen Part der Zurückweisung weiterhin die Restbestände der vormals Bewegten, die sich über die Jahrzehnte als Sachwalter der öffentlichen Inneren Sicherheitskritik eingerichtet haben, gar damit professionalisierten und heute einen angestammten, man ist geneigt zu sagen: etablierten Platz in der öffentlichen Auseinandersetzung um Innere Sicherheit besetzen. Hierbei wird durchaus auf die neuen Feindbilder eingegangen, jedoch in einer in Bezug auf die damit belegte Gruppe der „Ausländer“ paternalistischen Weise. Zugleich ist selbst diese Kritikposition durchaus prekär und muss immer wieder aufs Neue behauptet werden. Häufig scheint allerdings durch, dass es – in Gestalt der verallgemeinernden Figur von *den* letztlich betroffenen Bürgern – im Kern doch darum geht, einen Status direkter

Mitbetroffenheit abzuleiten oder aufrechtzuerhalten, d.h. Kritik und Betroffenheit weiterhin zur Deckung zu bringen. Die Frage nach den Gründen für diese Dynamik – über die bereits ausführlich angesprochenen Bewegungshintergründe hinaus – kann hier nicht beantwortet werden. Es wäre freilich interessant zu überprüfen, ob sie damit zusammenhängt, dass ein solches Argumentationsmuster die geäußerte Kritik womöglich glaubhafter erscheinen lässt oder eine Entrüstung über repressive Innere Sicherheitspolitik moralisch abzusichern hilft, d.h. mobilisierende Wirkung hat.

Die paternalistische Kritik birgt eine paradoxe Logik: Stellvertreterpolitik sichert zwar den Organisationskernen des Kritischen Diskurses ihren Fortbestand und ihre Existenz, verdoppelt jedoch die Abhängigkeit der derzeit von staatlicher Repressionspolitik vornehmlich Betroffenen. Einerseits vom Wohlwollen jener staatlichen Politik, andererseits von der Aufmerksamkeit und Fürsprache, die der *Mainstream* des Kritischen Diskurses so genannten Ausländern oder so genannten ausländischen Mitbürgern zuteil werden lässt. Mag man diese paternalistische In-schutznahme angesichts der gegenwärtigen Alternativlosigkeit im Grunde auch befürworten, so reproduziert sie dennoch die Passivität und den Objektstatus derer, die bereits kraft staatlicher Repressionspolitik zu Objekten, zur Verschiebemasse gemacht werden, je nachdem, ob mehr liberale, an demographischen Entwicklungen orientierte Bevölkerungs- oder Arbeitsmarktpolitik oder *schicksalsgemeinschaftsgefühlstiftende* nationalistische Bedrohungsszenarien opportun sind.

Kritischer Sicherheitsdiskurs zwischen Bewegungsverlust und Institutionalisierungstendenz

Was bedeuten die oben angesprochenen, fortschreitenden Institutionalisierungstendenzen für (politisch) kritische Ambitionen im Sicherheitsdiskurs? Faktisch hat das Auftreten der so genannten Neuen Sozialen Bewegungen in der Bundesrepublik Deutschland die institutionelle Struktur des politischen Systems unangetastet gelassen (vgl. Hirsch 1995: 198). Es ist vielmehr so, dass eine „Absorption der Bewegungen durch die Institutionen“ (ebd.; vgl. auch Scheerer 1986: 152) zu konstatieren ist. Die Parteiwerdung von Teilen der Neuen Sozialen Bewegungen in Gestalt von Bündnis 90/Die Grünen, d.h. deren Entstehung und Etablierung, dürfen hierfür als bestes Beispiel angesehen werden. Diese Art der Institutionalisierung eines gesellschaftspolitischen Konfliktes hat für ein System eine wichtige und durchaus stabilisierende Funktion (vgl. Coser 1965: 183). Die Absorption in das politische System, die Transformation sowie die Ausdifferenzierung der Neuen Sozialen Bewegun-

gen in eine unübersichtliche Landschaft von Kleinstnischen und Bewegungsresten, aus der sich die traditionellen Organisationskerne wie Restbestände erheben, die an bessere (Bewegungs-)Zeiten gemahnen, erlauben es, im Gegenzug wenn schon nicht vom Ende, so doch von der Abwesenheit oder Apathie der Alternativbewegungsreste zu sprechen. Aktuell und in Anerkenntnis des Bedeutungsverlustes außerparlamentarischer Bewegungen ist davon auszugehen, dass derzeit *keine* Situation besteht, in der vom Vorhandensein einer „tragfähige[n] gesellschaftlichen[n] Basis“ gesprochen werden kann, „d.h. eine[r] Infrastruktur von Arbeits- und Lebensformen, sozialen Beziehungen ‚gegengesellschaftlicher‘ Art“ (Hirsch 1980: 168). Aber just solch eine Basis wäre die Bedingung für die durchaus bestehende Notwendigkeit, „Politik mit und in den Institutionen der bürgerlichen Gesellschaft“ (ebd.) zu machen. Denn ohne eine solche Basis läuft institutionelle Politik Gefahr, der Illusion zu erliegen, „mit den bürgerlichen politischen Institutionen, mit Parteien, durch Wahlen, via Bürokratie und Staat die Gesellschaft strukturell verändern zu können“ (ebd.: 167). Über gesellschaftsverändernde Brisanz verfügen besagte Bewegungen jedoch nur, solange sie „sich *nicht* auf die herrschenden Strukturen und politischen Verkehrsformen und die ihnen entsprechenden Regeln und ‚Sachgesetzmäßigkeiten‘ einlassen“ (Hirsch 1986: 173; Hervorh. i. Orig.). Dies gilt um so mehr für sich als Gegenentwurf gebende linke oder alternative oder bürgerrechtlich orientierte Innere Sicherheitspolitik, deren Protagonisten in Abwesenheit einer starken Protestbewegung letztlich dem doppelten Trugschluss erliegen, dass einerseits das bessere Argument sich durchsetze und die zugleich glauben – gegenüber den klassischen Vertretern der Sicherheitspolitik –, über das bessere Argument zu verfügen. Dann kehrt sich das „taktische Verhältnis“ zu den Institutionen des bürgerlichen Staates“ (ebd.: 175) um in ein diese Institutionen legitimierendes und bewahrendes, in diesem Sinne durchaus auch als sicherheitspolitisch strukturkonservativ zu bezeichnendes Verhältnis.

Der *Mainstream* des Kritischen Diskurses entwickelte sich vornehmlich auf Grundlage der spezifischen (Bewegungs-)Geschichte seiner kritischen Akteure, was bedeutet, dass trotz qualitativ veränderter Feindbildlage und angesichts der o.g. Tendenzen eigentlich eine alte Auseinandersetzung weiter geführt wird. Hierbei wird die neue Qualität des Konservativen Sicherheitsdiskurses und seines Hauptfeindbildes mittels altbekannter Kritikmuster bearbeitet, in deren Zentrum die Sorge um „uns Bürger“ steht und darüber wird völlig verkannt, dass nationalstische Sicherheitspolitik und wohlstandschauvinistische Bevölkerungsinteressen sich nicht nur bestens vertragen können, sondern durchaus auch mehrheitsfähig sind. Insofern ist die von staatlichen und kom-

munalen Behörden, Bürgern und privaten Sicherheitsdiensten zu bildende „entschlossene Front“ Kantherscher Prägung längst schon Realität und der ihr in kritischer Absicht entgegengehaltene emphatisch-trotzige Bezug auf „uns Bürger“ als von Innerer Sicherheitspolitik negativ Betroffenen – wenn überhaupt – nur mit großer Vorsicht zu handhaben.

Der Prozess des Verblässens alter Feindbilder ist eng verschränkt mit der gleichzeitigen Etablierung von Teilen jener vormalig außerparlamentarischen Opposition und der Neuen Sozialen Bewegungen, die sich bereits seit längerem anschicken, ihren Frieden mit dem ehemals kritisierten System und fortan Regierungspolitik zu machen – und d.h. auch: Innere Sicherheitspolitik. Vor diesem Hintergrund erscheint auch die in diesem Buch vorgenommene Eingrenzung des Untersuchungsintervalls als angemessen. Das Jahr 1998 markiert in Gestalt der Regierungsbeteiligung von Bündnis 90/Die Grünen auf Bundesebene innenpolitisch die Ankunft der Kritiker bzw. einer dem Kritischen Diskurs nahestehenden Strömung in Positionen, die bislang i.d.R. den Verfechtern der so genannten konservativen Inneren Sicherheitspolitik vorbehalten waren.

Gerade *weil* sich zeigt, wie sehr der (politisch) Kritische Diskursstrang von Strömungen geprägt ist, die 1998 als parteigewordene, ehemalige Protestbewegungen schließlich an die Regierungsmacht gekommen sind, ist Innere Sicherheitspolitik unter rot-grünem Vorzeichen im Vergleich zu ihren Vorläufern unterschiedlich zu bewerten. Es kann hier durchaus von einer Zäsur in Bezug auf die Bedeutung von Kritik an Innerer Sicherheitspolitik gesprochen werden. Zum einen, weil sich zeigt, wohin diese Kritik bzw. Teile des Spektrums, die sie vertraten/vertreten, geführt hat – an die Regierungsmacht nämlich – , zum anderen um zu untersuchen, wie sich Kritik hierbei transformiert hat in staatstragende, rot-grüne Sicherheits-, Zuzugsbegrenzungs- und Abschiebepolitik.

Dies setzt zugleich voraus, dass für den Zeitraum vor 1998 fundierte Forschungsergebnisse über Inhalte und Entstehungshintergründe, über Unterschiede und mögliche Berührungspunkte zwischen Kritischem und Konservativem Diskurs vorliegen, um den Stellenwert jener Zäsur beurteilen und auf dieser Basis eine radikale (politische) Kritik weiterentwickeln zu können.

